

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 71 (2000)
Heft: 1

Artikel: Insieme-Tagung 1999 : Integration von Menschen mit schwerer Behinderung
Autor: Ritter, Adrian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-812015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Insieme-Tagung 1999:

INTEGRATION VON MENSCHEN MIT SCHWERER BEHINDERUNG

Von Adrian Ritter

Rund 30 000 Menschen mit einer schweren geistigen Behinderung leben nach Schätzung von Insieme in der Schweiz. Unter dem Motto «Ich gehöre auch dazu» veranstaltete die Elternvereinigung von Menschen mit geistiger Behinderung deshalb Ende Oktober eine Tagung, die sich der Frage widmete, was Integration in Bezug auf diese Menschen bedeutet und welche Möglichkeiten sich dabei bieten.

Forderungen nach Integration, Normalisierung und Selbstbestimmung, wie sie von Menschen mit einer Behinderung, Angehörigen und anderen Fachpersonen in unterschiedlichem Ausmass laut werden, fordern Politik und Verwaltung heraus, wie die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte» und die Diskussion um die schulische Integration zeigen (vgl. S. 27 in dieser Ausgabe).

Solche Forderungen können aber auch innerhalb einer Organisation wie Insieme gelegentlich für kontroverse Diskussionen sorgen, wie Insieme-Präsidentin Heidy Meyer in ihren Begrüßungsworten zur Tagung in Biel zeigte: «Die Gründergeneration von Insieme wirft uns vor, die Sonderschulen in Frage zu stellen. Das ist nicht so. Sonderschulen sind ganz wichtige Institutionen, das ist klar.»

Nur: für wen? Sonderschulen für schwerer Behinderte, Integration für leichter Behinderte? Insieme sieht sich nämlich mit einer weiteren Kritik aus

“Sonderschulen für schwerer Behinderte, Integration für leichter Behinderte?”

den eigenen Reihen konfrontiert: Eltern von Töchtern und Söhnen mit schweren geistigen Behinderungen zeigen sich zum Teil nicht gerade begeistert über die Integrationspolitik von Insieme. Sie fürchten, Integration sei nur etwas für Menschen mit leichter geistiger Behinderung. Menschen mit schwerer geistiger Behinderung würden als «integrationsunfähig» noch zusätzlich benachteiligt und ausgegrenzt.

Die Tagung Ende Oktober war daher den Fragen gewidmet, was Integration

für Menschen mit schwerer Behinderung bedeuten kann und welche Möglichkeiten dazu bestehen. Und natürlich machte Insieme auch schon in der Tagungseinladung unmissverständlich die eigene Position klar: «Ich gehöre auch dazu» sollen auch Menschen mit schwerer Behinderung sagen können und damit Integration als «ein Leben ohne Ausgrenzung» beanspruchen können.

Zuerst Lebensqualität, dann Integration diskutieren

Drei Personen aus Wissenschaft und Projektarbeit, selber auch Angehörige von Menschen mit geistiger Behinderung, gingen in den Referaten des Vormittages vertieft der Frage nach, was unter Integration verstanden werden kann und welche Hürden auf dem Weg dorthin bestehen.

Für Jean Marie Bouchard, Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Québec (Montreal) hat Integration viel mit Kommunikation und Wissen zu tun: Kommunikation zwischen Fachleuten und Eltern zum Beispiel, in welcher gegenseitig Wissen vermittelt und der Gedankenaustausch gepflegt werde. Gleichzeitig solle aber auch der Mensch mit einer geistigen Behinderung einbezogen werden. Nur wenn auch sein Wissen genutzt werden könne, sei der Informationsaustausch maximiert und realistische Entscheidungen würden möglich. Diese sollten in Form einer Partnerschaft getroffen werden: «Ideal wäre Integration im Rahmen eines partnerschaftlichen Vertrages.» Dies meint konkret, das Gespräch am runden Tisch zu suchen und Nachdenken sinnvollerweise in einem institutionellen Rahmen zu ermöglichen. Zu thematisieren gelte es dabei allerdings nicht nur Integration: «In einer ersten Phase muss Lebensqualität das Thema sein.»

Als Angehöriger hat Bouchard selber



Überblick über integrative Bestrebungen in Deutschland: Monika Seifert, Pädagogin an der Universität Köln.

erlebt, was es heisst, in Entscheidungen nicht einbezogen zu werden. Ihn erstaunt deshalb nicht, dass in Québec das Vertrauen der Eltern verloren gegangen ist. Basis für Integration sei aber, dass dieses Vertrauen zuerst wiedererwonnen werde. Und dabei betont er nochmals die Bedeutung von Wissen: «Man muss sich überlegen, wie man das Wissen der anderen nutzen kann.» Und: Die Fachleute müssen von den Betroffenen lernen, dies werde «das Thema des nächsten Jahrzehnts» sein.

Behinderungsgrad und Integrationschancen

Einen Überblick über integrative Bestrebungen in Deutschland gab Monika Seifert, Wissenschaftlerin am Seminar für Geistigbehindertenpädagogik der Universität Köln und Mutter eines Sohnes mit schwerer Mehrfachbehinderung. Seifert forscht insbesondere über Fragen der Lebensqualität in verschiedenen Wohnformen für Menschen mit Behinderung.

Sie konstatiert unterschiedliche Meinungen zum Thema Integration schwerbehinderter Menschen seitens der Eltern, von Fachleuten aus Theorie und Praxis sowie von behinderten Menschen, die sich artikulieren können und ihre Interessen «stellvertretend» für alle Menschen mit Behinderung formulieren.

Allerdings gebe es keine konkreten Ausserungen von Menschen mit schwerer geistiger Behinderung: «Darum beinhaltet die Diskussion (...) immer die Sichtweise von Aussenstehenden, die nicht identisch sein muss mit den Sichtweisen und Wünschen der Betroffenen.» Seifert versuchte deshalb in ihrem Referat, Aussagen «im Interesse» der Menschen mit schwerer geistiger Behinderung zu machen. Sie stellt fest, dass für Menschen mit *geringeren* kognitiven Einschränkungen die Integrationschancen in den ver-

“ Es wird heute davon ausgegangen, dass jeder Mensch entwicklungsfähig ist. ”

Monika Seifert, Pädagogin

gangenen zehn Jahren in vielen Lebensbereichen erhöht worden seien, wie sich etwa im Bereich des Wohnens zeige: «Immer mehr leben ausserhalb von Grosseinrichtungen in gemeindezentrierten Wohnheimen oder ambulant betreuten Wohngruppen oder Einzelwohnungen in normalen Wohngebieten. (...) Wohngemeinschaften, in denen geistig behinderte Bewohner mit nichtbehinderten Bewohnern zusammenleben, sind jedoch nach wie vor rar.»

Aussonderungsmechanismen im Alltagsleben

Auch bei Menschen mit schwerer geistiger Behinderung habe sich im Bereich der Behindertenhilfe und der Geistigbehindertenpädagogik «viel getan». Kompetenzen statt Defizite dieser Menschen stünden heute im Vordergrund, und es werde heute davon ausgegangen, dass jeder Mensch entwicklungsfähig sei. In der Alltagswirklichkeit dieser Menschen hingegen würden Aussonderungsmechanismen wirksam, was sich beispielsweise daran zeige, dass man ihnen im Alltag eher selten begegne: «Der weitaus überwiegende Teil der ausserhalb der Familien wohnenden Menschen mit geistiger Behinderung lebt nach wie vor in sogenannten Komplexeinrichtungen, wo Wohnen, Arbeit und Freizeit integriert sind. Mehrere Tausend sind noch in psychiatrischen Kliniken untergebracht.» Die Integration im Sinne einer Gemeinsamkeit von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Lebensbereichen (vgl. Kasten 1) stecke somit noch in den Kinderschuhen und die Diskussion um Integration beziehe sich entsprechend vielerorts auf die Veränderung struktureller Rahmenbedingun-

Kasten 1

Vier Ebenen der Integration

(nach M. Seifert)

- *Räumliche Integration:* Durch räumliche Nähe sind Möglichkeiten der Begegnung zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen gegeben.
- *Funktionale Integration:* Menschen mit Behinderung nehmen am allgemeinen Leben teil. Sie nutzen die allgemeinen Dienstleistungen und Institutionen.
- *Soziale Integration:* Es bestehen soziale Beziehungen zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen, die durch gegenseitige Achtung und Kommunikation geprägt sind (z.B. Familie, Nachbarschaft, Gemeinde, Vereine).
- *Gesellschaftliche Integration:* Menschen mit Behinderung sind als gleichberechtigte Bürger anerkannt. Ihre Zugehörigkeit ist durch rechtlich geregelte Strukturen gesichert (z.B. Recht auf Leben, Recht auf Bildung, Recht auf Lebensqualität).

gen (Abbau der Konzentrierung von schwerstbehinderten Menschen in besonderen Klassen, Wohngruppen oder speziellen Wohneinrichtungen). Vorliegende Erfahrungen im Bereich Schule, Freizeit und Wohnen zeigten allerdings, dass Integration durchaus möglich sei. Dies allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen, wozu die Referentin beispielsweise die Freiwilligkeit der Beteiligten, eine spezielle Qualifikation des Personals und interdisziplinäre Zusammenarbeit zählt. Probleme mit Integration in der Praxis liegen nach Seifert daher in der Regel nicht beim behinderten Menschen, sondern in der Unfähigkeit der Umwelt, seine Individualität anzuerkennen und die Lebensbedingungen entsprechend zu gestalten. Nötig sei, dass sich beide Seiten aufeinander zu bewegten, eine «dynamische Balance zwischen Annäherung und Abgrenzung». Wichtigstes Kriterium einer gelungenen Integration sind die Qualität der Kontakte und das Wohlbefinden.

“ Integration ist nicht zum Nulltarif zu haben. ”

Monika Seifert, Pädagogin

den auf beiden Seiten. Dazu gehört auch die Freiwilligkeit der Intensität und der Häufigkeit der Begegnungen. «Integration kann nicht 'verordnet' werden.»

Pflegeversicherung in Deutschland: Gravierende Auswirkungen

Allerdings sei es bedauerlicherweise so, dass die Erkenntnisse der Schwerstbehindertenpädagogik von der Gesellschaft nicht wahrgenommen oder gar – aus ökonomischen Gründen – verdrängt würden: «Hier gegenzusteuern und Integration einzufordern, ist aus meiner

Sicht die grösste aktuelle Herausforderung.» Die Einführung der Pflegeversicherung in Deutschland etwa habe sich gravierend ausgewirkt: «Das Recht auf Eingliederungshilfe für Menschen mit hohem Pflegebedarf wird in Frage gestellt, eine Betreuung in Pflegeheimen für ausreichend erachtet. Integration ist keine Perspektive mehr.»

Klar ist für Seifert auch, dass Integration nicht zum Nulltarif zu haben ist,

“ Integration – wohin überhaupt? ”

Workshop-Teilnehmer

sondern finanzielle Mittel für begleitendes Personal und andere Rahmenbedingungen erfordert. Nach wie vor ein «Schlüsselproblem der Behindertenhilfe» stellten zudem Verhaltensauffälligkeiten bei stärkerer kognitiver Beeinträchtigung dar.

Fazit von Seifert: «Die Integration von Menschen mit schwerer geistiger Behinderung wird nicht in allen Bereichen vollständig möglich sein. Wir brauchen dennoch Utopien, um zu wissen, in welche Richtung wir uns begeben müssen. Ohne Zukunftsperspektiven verändert sich nichts.» (vgl. Kasten 2)

Holland: Von Wohnprojekten und Personengebundenem Budget (PGB)

Ein gemeindenahes Wohnprojekt für schwerbehinderte Kinder in Holland präsentierte anschliessend *Cornelia Debora Korporaal*, Mitarbeiterin einer niederländischen Elternvereinigung. Sechs Eltern hatten sich 1994 für dieses Projekt zusammengetan, weil jedes der Kinder körperlich und geistig so stark behindert war, dass die Pflege zu Hause die Eltern überforderte, sie aber eine Wohnform im kleinen Massstab realisie-

ren wollten, wo «die Kinder wohnen können, wie sie zu Hause wohnen: In einem normalen Wohnviertel, zwischen anderen Menschen, in einer häuslichen Umgebung, wohin Eltern und Brüder und Schwestern jederzeit kommen können».

Als erster Schritt wurden die spezifischen Wohnbedürfnisse jedes einzelnen Kindes inventarisiert und zusammen mit der niederländischen Gemeinde *Purmerend* nach einer geeigneten Örtlichkeit

gesucht. Eine Stiftung mit entsprechender Erfahrung entwickelte das Projekt mit den Eltern gemeinsam weiter und übernahm nach der Realisierung die tatsächliche Betreuung. Dabei haben die Eltern das Pflegepersonal mit ausgewählt. Alle BewohnerInnen besuchen eine Tagesstätte für mehrfach komplexe behinderte Kinder.

Die Kosten des Wohnprojektes betragen exklusiv der Tagesstätte ungefähr CHF 73 000 pro Kind und Jahr. Dies ist

nach *Korporaal* ungefähr soviel wie in Holland die Kosten für eine normale Wohnform im grossen Massstab betragen.

Die Kosten für die notwendigen *Wohnungsanpassungen* wurden grösstenteils durch die öffentliche Hand übernommen, die Eltern bezahlen den grössten Teil der *Wohnkosten*. Die *Pflegekosten* innerhalb der Betriebskosten werden mit einem personengebundenen Budget (PGB) finanziert, welches in Holland 1996 vom Ministerium für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur ins Leben gerufen wurde. Dabei besteht allerdings kein gesetzlicher Anspruch auf ein solches PGB, sondern die Regierung genehmigt jährlich nur einen festgesetzten Betrag (1999: zirka CHF 74,5 Mio.). So besteht gemäss *Korporaal* eine «sehr lange Warteliste».

Workshop: Integration im Bereich Wohnen

(1) Integration durch Kommunikation, (2) Fragen und Fragezeichen der Eltern sowie (3) Erfahrungen und Beispiele von Integration waren die Themen verschiedener Workshops am Nachmittag der Tagung.

Korporaal leitete dabei einen Workshop zum Thema *Erfahrungen und Beispiel von Integration im Bereich Wohnen*, wo es darum ging, Handlungsbedarf und Lösungsmöglichkeiten für die Schweiz zu eruieren.

**“ Wenn es mehr
Auswahl an Wohn-
formen gäbe... ”**

Workshop-Teilnehmerin

Als Hürden für die Integration von schwerbehinderten Menschen wurden dabei unter anderem die Angst der Gesellschaft vor der Begegnung mit diesen Menschen wie auch die Angst der Eltern vor der Gesellschaft genannt.

Welche Wohnform einer Integration am förderlichsten sei, war Gegenstand ausgiebiger Diskussion. Hierarchie, fehlende Integration und Personalknappheit in Institutionen wurden da einerseits bemängelt, während andere die Ansicht vertraten, viele Leute sähen Institutionen schwärzer als sie seien. Grundsätzlich stelle sich allerdings immer die Frage «Integration wohin überhaupt?», meinte ein Workshop-Teilnehmer.

Das persönliche Budget anstelle eines «institutionenfixierten Ergänzungssystems» wünschte sich die Mitarbeiterin einer kantonalen Verwaltung. Ein anderer Teilnehmer, selber Leiter von Wohngruppen, betonte, dass es nicht

Kasten 2

Orientierungspunkte zur Integration von Menschen, die als schwer geistig behindert gelten

(nach M.Seifert)

Handlungsbedarf im unmittelbaren Umfeld (Familie, Nachbarschaft u.a.)

- Bereitschaft zum Zusammenleben mit ihnen, auch unter erschwerten Bedingungen
- Bereitschaft zum Dialog mit ihnen auf elementarer Ebene
- Bereitschaft, ihre Wünsche und Interessen zu berücksichtigen
- Bereitschaft, ihre speziellen Verhaltensweisen zu akzeptieren und als kommunikative Äusserung zu verstehen
- Gestaltung ihres persönlichen Lebensraums entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen
- Einbeziehen in Aktivitäten des Alltags innerhalb und ausserhalb des Wohnbereichs
- Herstellen integrativer Kontakte und gemeinsamer Aktivitäten beim Spielen, Lernen, Wohnen und Arbeiten
- Akzeptanz der Teilnahme von Menschen mit schwerer geistiger Behinderung am allgemeinen Leben durch die Umwelt

Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene

(Verwaltung, Organisationen, Institutionen, Dienstleister u.a.)

- Öffentlichkeitsarbeit zur Erhöhung der Akzeptanz von Menschen mit schwerer geistiger Behinderung
- Integrationshelfer für die Familien
- Bereitschaft der allgemeinen Dienstleister, auch Menschen mit schweren Behinderungen als Kunden willkommen zu heissen (Supermarkt, Restaurants, öffentliche Schwimmbäder u.a.)
- informelle Begegnungsstätten für Menschen mit und ohne Behinderung
- integrative Bildungs- und Freizeitangebote ohne Ausschluss schwerbehinderter Menschen (z.B. Kindergärten, Schulen, Schulhorte, Freizeitgruppen, Ferienreisen, Erwachsenenbildung)
- gemeindeintegrierte Wohnmöglichkeiten für Menschen mit schwerer geistiger Behinderung
- Fortbildung der in der Arbeit mit schwer behinderten Menschen tätigen Professionellen
- interdisziplinäre Beratungsstellen und therapeutische Dienste zur Krisenintervention
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit schwerer geistiger Behinderung bei allen regionalen Planungen

Handlungsbedarf auf gesellschaftlicher Ebene

- bedingungslose Anerkennung des Lebensrechts von Menschen mit schwerer geistiger Behinderung
- Sicherung ihres Rechts auf Bildung und auf Lebensqualität (Wohnen, Arbeit, Freizeit)
- Infragestellen der vorherrschenden leistungsorientierten gesellschaftlichen Werte
- rechtlich-administrative Vorgaben zur Realisierung der notwendigen Rahmenbedingungen

nur um den Einkauf von Dienstleistungen gehen könne: «Menschen mit einer Behinderung brauchen mehr. Räume für Privatheit und Gemeinschaft zum Beispiel. Dies kann man inhaltlich nicht kaufen, sondern höchstens die Rahmenbedingungen dafür. Da braucht es Institutionen mit entsprechenden Aufträgen, keine Dienstleistungsorgien.» Ihm schweben als Lösung Wohngruppen für das Wohnen von behinderten und nicht-behinderten Menschen gemeinsam vor.

«Wenn es mehr Auswahl an Wohnformen gäbe...» war denn auch verschiedentlich in der Gruppe zu hören, wobei die Eltern mit Blick auf Holland auch aufgefordert wurden, selber etwas zu schaffen, damit überhaupt eine Wahlmöglichkeit entstehe. Eine Wahl-

möglichkeit mit einer «Vielfalt an Angeboten, auch Institutionen».

Auf dem Weg zu «Insieme plus»?

Zum Abschluss der Tagung formulierte Ruedi Haltiner, Präsident von Insieme Graubünden und Leiter der Fachstelle «Lebensräume für Menschen mit einer geistigen Behinderung» thesenartige Forderungen an die Elternvereinigung Insieme selber. Insieme solle sich unter anderem dafür einsetzen, dass der Begriff *Integration* erweitert werde um den Begriff *Inclusion*, der auf die Veränderung bestehender Strukturen und Auffassungen zielt und eine Akzeptanz der Unterschiedlichkeit der einzelnen Menschen fordert, anstatt unter Inte-

gration eine einseitige Anpassung einer behinderten Person an die vorgegebene Welt zu verstehen. Insieme, so wünscht sich Haltiner weiter, solle alle Bestrebungen unterstützen, die Familien und Institutionen Wege aufzuzeigen, die aus der «totalen Betreuung und Versorgung» herausführen. Und schliesslich solle Insieme Menschen mit einer geistigen Behinderung als «kompetente Experten in eigener Sache» in die eigene Organisation integrieren und sich dadurch zu «Insieme plus» wandeln. Die Thesen warfen unter anderem die Frage auf, ob bei diesem Einbezug in die Verbandsstrukturen tatsächlich auch Schwerstbehinderte gemeint seien. «Wir werden kreativ sein und Wege finden», versprach Haltiner diesbezüglich. ■

Ein Netzwerk für Fachleute der Schwerstbehindertenförderung

Von Alois Bürl

Die Arbeit mit schwerst-/mehr-fachbehinderten Menschen ist anspruchsvoll und belastend. Sie wirft viele Fragen auf und führt gar schnell an Grenzen.

Die Arbeitssituation ist oftmals wenig strukturiert, aber voller Intensität und Herausforderung. Auf der andern Seite kann diese Tätigkeit, die nicht durch schnelle Erfolge zum Ziel und zur Erfüllung führt, eine gewisse Monotonie mit sich bringen.

In der Förderung Schwerstbehindeter sind die Fachleute stark auf sich selbst zurückgeworfen. Sinnfragen sowie Gefühle der Überforderung, des Alleinseins und des Alleingelassenwesens tauchen auf. Sicher ist es nicht leicht, sich voll und ganz auf einem Gebiet einzusetzen, wo die gesellschaftliche Akzeptanz, die Bildungsfähigkeit bei schwerer Behinderung und kostenintensiver Fördermassnahmen in Frage gestellt werden.

Es kommt hinzu, dass viele Fachpersonen von ihrer Ausbildung her nicht oder zu wenig auf diese Aufgabe vorbereitet sind.

So kann diese Arbeit zu einer belastenden Gratwanderung zwischen Professionalität und Emotionalität werden. Die psychische Belastung, die zu einer körperlichen, emotionalen und geistigen Erschöpfung (Burn-out) und damit zu einem Qualitätsverlust führen kann, ruft nach vielfältigen psychohygienischen Vorkehrungen.

In dieser Situation könnte ein Netzwerk von Fachleuten, die in der Schwerstbehindertenförderung tätig sind, eines der Mittel sein, die gewisse Hilfe und Unterstützung bieten.

Was ist ein Netzwerk?

Ein Netzwerk ist ein loser Zusammenschluss von Gleichgesinnten. Vereinsmässige Strukturen wie Vorstand, Mitgliedschaft und Mitgliederversammlung werden nach Möglichkeit vermieden. Ein Netzwerk lebt von den gemeinsamen Bedürfnissen der Beteiligten. Sind diese erfüllt oder sonstwie entschwunden, mag das Netz sich ruhig auflösen. Ein Netzwerk ist kein Ersatz für Fort- und Zusatzausbildungen; im Vordergrund steht der Gedanken- und Erfahrungsaustausch.

Ein Netzwerk zur Schwerstbehindertenförderung

Seit Jahren gibt es in der Westschweiz eine «Groupe romand sur le polyhandicap profond», ferner ein «Réseau sur le soutien pédagogique» und parallel dazu in der Deutschschweiz ein «Netzwerk zu integrativen Schulungsfor-

men». Alle diese Netzerke werden von der Schweizerischen Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH) mehr oder weniger unterstützt und animiert.

Es besteht Grund zur Annahme, dass auch in der deutschsprachigen Schweiz für Fachpersonen heilpädagogisch-psychologischer, paramedizinisch-pflegerischer und sozialer Herkunft, die bei schwerst-/mehr-fachbehinderten Menschen arbeiten, das Bedürfnis und die Bereitschaft besteht, sich regelmässig zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu treffen. Wir laden Sie deshalb ein zum

1. Netzwerk-Treffen am Samstag, 5. Februar 2000 10.15 bis zirka 13.00 Uhr

im Heilpädagogischen Seminar Zürich
Kantonsschulstrasse 1, 8001 Zürich
(Tram Nr. 3 ab Hauptbahnhof
bis Haltestelle Kunsthaus).
Interessierte, die sich jetzt oder später
beteiligen möchten, melden sich bei
der SZH, Obergrundstrasse 61,
6003 Luzern
(Kontaktperson: Dr. A. Bürl)
Tel. 041/226 30 40; Fax 041/226 30 41
E-mail: alois.buerli@szh.ch ■

Netzwerk zur ressourcenorientierten Betreuung und Pflege betagter und verwirrter Menschen

Der Heimverband Schweiz unterstützt die Netzwerk-Bildung und lädt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, die verwirrte Menschen betreuen und pflegen ein, sich zu melden, falls sie am Aufbau eines Netzwerkes zur ressourcenorientierten Betreuung und Pflege betagter und verwirrter Menschen interessiert sind. Der Bereich Bildung plant entsprechende Informationsveranstaltungen im Jahr 2001, ist jedoch bereit, auf Wunsch von Sektionen bereits früher entsprechende Kontakte zu knüpfen.

Interessierte melden sich beim Heimverband Schweiz, Bereich Bildung, Postfach, 8034 Zürich, Tel. 01/385 91 81, Fax 01/385 91 91,
e-mail: mgerber@heimverband.ch